Erscheint
**wöchentlich dreimal,**
Dienstag, Donnerstag und
Sonnabend, morgens.

**Abonnementspreis**
vierteljährlich 1 M. 50 Pf.,
bei der Post einschl. Bestellgeld 1 M. 75 Pf.

# Osthavelländisches Kreisblatt.

**Inserate werden Montag, Mittwoch und Freitag vormittags bis 9 Uhr angenommen. Preis pro 4gespaltene Borgiszeile oder deren Raum 20 Pf., für Kreiseingesessene 15 Pf. Reklamen pro Zeile 30 Pf.**

**Nr. 27.** | **Nauen, Dienstag den 3. März 1891.** | **43. Jahrgang.**

## Amtlicher Teil.

### Abraupen der Obstbäume.

Nauen, den 25. Februar 1891.

Der Termin, bis zu welchem das Abraupen der Obstbäume in diesem Jahre im Kreise Osthavelland stattgefunden haben muß, wird auf Grund der Verordnung vom 19. Oktober 1855, Amtsblatt S. 406, auf den 31. März cr. festgesetzt.

Die städtischen Polizei-Verwaltungen und Herren Amtsvorsteher ersuche ich, dies in geeigneter Weise zur Kenntniß der Betheiligten zu bringen, dieselben unter Hinweisung auf die Bestimmung des § 368 ad 2 des Strafgesetzbuches aufzufordern, das Abraupen der Obstbäume, nöthigenfalls auch die schon unterm 14. Dezember 1877 — Kreisblatt Nr. 100 — angeordnete Vertilgung der Schwammspinner bis zum obigen Termin ordnungsmäßig zu bewirken und die zweckentsprechende Ausführung überall zu kontroliren.

**Der Landrath**
Steinmeister.

### Bekanntmachung.

Dem diesseitigen Amtsvorstande sind als gefunden in einer Strohmiethe auf dem Grundstücke des Gutsbesitzers R. Müller zu Nedlitz nachbezeichnete Gegenstände eingeliefert worden:

a. zwei silberne Salzschippchen,
das eine gezeichnet auf einer Seite: Rudolf v. Brandenstein 1840—62, auf der anderen Seite: Wappen; das andere gezeichnet auf einer Seite: Adolph v. Schlieffen 1839—58, auf der anderen Seite: Wappen;

b. zwei silberne Mokka-Löffel,
einer ohne Bezeichnung, der andere gezeichnet: G. C.

d.

Der rechtmäßige Eigenthümer wolle seine Ansprüche innerhalb 3 Monaten beim Unterzeichneten geltend machen.

Nedlitz, den 27. Februar 1891.

**Der Amtsvorsteher.**

### Zahlung der Einkommensteuer.

Nauen, den 2. März 1891.

Diejenigen Einkommensteuer-Pflichtigen, welche mit der Steuer für die Zeit vom 1. Januar bis Ende März noch in Rest sind, werden dringend ersucht, **bis spätestens den 8. März** Zahlung zu leisten.

Dies bezieht sich nicht auf diejenigen Pflichtigen, deren Steuer regelmäßig durch die Ortserheber mit abgeführt wird.

**Königliche Kreis-Kasse.**
David.

### Bekanntmachung

wegen Ausreichung der Zinsscheine Reihe XXI zu den preußischen $3^1/_2$ procentigen Staats-Schuldscheinen von 1842 und der Zinscheine Reihe II zu den Schuldverschreibungen der Preußischen konsolidirten 4procentigen Staatsanleihe von 1881.

Die Zinsscheine Reihe XXI Nr. 1 bis 8 zu den Preußischen $3^1/_2$ procentigen Staatsschuldscheinen von 1842 über die Zinsen für die Zeit vom 1. Januar 1891 bis 31. Dezember 1894, sowie die Zinsscheine Reihe II Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der Preußischen konsolidirten 4 proc. Staatsanleihe von 1881 über die Zinsen für die Zeit vom 1. Januar 1891 bis 31. Dezember 1900 nebst den Anweisungen zur Abhebung der folgenden Reihe werden vom 1. Dezember d. Js. ab von der Controlle der Staatspapiere hierselbst, Oranienstraße 92/94, unten links, vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats, ausgereicht werden.

Die Zinsscheine können bei der Controlle selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Hauptkassen, sowie in Frankfurt a. M. durch die Kreiskasse bezogen werden. Wer die Empfangnahme bei der Controlle selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Zinsscheinanweisungen mit einem für jede der beiden genannten Schuldgattungen getrennt aufzustellenden Verzeichnisse zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Postamte Nr. 1 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher eine nummerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Im letzteren Fall erhalten die Einreicher das eine Exemplar, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinsscheine zurückzugeben.

**In Schriftwechsel kann die Controlle der Staatspapiere sich mit den Inhabern der Zinsscheinanweisungen nicht einlassen.**

Wer die Zinsscheine durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die Anweisungen mit einem doppelten Verzeichnisse einzureichen.

Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der Zinsscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den Königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinsscheine nur dann, wenn die Zinsscheinanweisungen abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen an die Controlle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittels besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 28. Oktober 1890.

**Königliche Hauptverwaltung der Staatsschulden.**
gez.: Sydow.

## Nichtamtlicher Teil.

### Tagesübersicht.

**Deutschland.** Se. Majestät der Kaiser hatte eine längere Konferenz mit dem konservativen Parteiführer, dem Abg. v. Helldorf-Bedra. Am Sonntag besuchten beide Majestäten den Gottesdienst im Berliner Dome und unternahmen am Nachmittage eine gemeinsame Spazierfahrt. Der Gesundheitszustand des kleinen Prinzen Joachim ist wieder völlig normal.

— Die Kaiserin Friedrich ist aus Paris am Freitag Abend wohlbehalten in Schloß Windsor bei ihrer Mutter, der Königin Viktoria, angekommen. Die Kaiserin erzählt selbst, daß ihr bei der Abreise aus Paris vom Publikum und den Behörden durchaus höflichst begegnet sei, allenthalben habe man gegrüßt und ihr bereitwillig die freie Passage gesichert. Sie habe auch nie geglaubt, daß die unsinnige Deutschenhetzerei einiger kleiner Kreise die große Bevölkerung zu Ausschreitungen gegen sie veranlassen werde. So ist die Abreise aus Paris und Frankreich ohne alle Störung vor sich gegangen. Ein zweiter Besuch der Kaiserin in der französischen Hauptstadt dürfte aber wohl kaum erfolgen.

— Deutscher Reichstag. (Sonnabendsitzung.) Die Beratung der Forderung für Unteroffizierprämien wird fortgesetzt. Abg. Windthorst (Ctr.) empfiehlt seinen Antrag, welcher den Unteroffizieren nach beendeter aktiver zwölfjähriger Dienstzeit eine Dienstprämie im Betrage von 1000 Mark gewähren will. Der Antrag Windthorst beansprucht nur drei Viertel der Regierungsforderung. Der Redner erklärt, daß er die Notwendigkeit, die Lage der Unteroffiziere aufzubessern, anerkenne, man müsse aber auch auf die Finanzlage Rücksicht nehmen. Sein Antrag gewähre das unbedingt Erforderliche, und hoffe, die Regierung werde sich damit begnügen. Er wünsche, sein Antrag möge zur Verstärkung des Eindrucks nach dem Auslande möglichst einstimmig genehmigt werden. Abg. Graf Behr (freik.) befürwortet einen Antrag seiner Partei und der nationalliberalen, nach neun Dienstjahren Unteroffizierprämien zu bewilligen. Falls dieser Antrag abgelehnt wird, werde er für Windthorst's Antrag stimmen, damit wenigstens etwas geschehe. Abg. Richter-Hagen (freis.) bestreitet das Bedürfnis zur Einstellung von Unteroffizierprämien. Die Unteroffiziere seien ganz gut gestellt, der Andrang zur Unteroffizier-Carriere auch groß genug. Redner bedauert die gestrigen Aeußerungen des Reichskanzlers über die Sozialdemokratie, die für die letztere nur Reklame gemacht hätten. Die freisinnige Partei nehme das Gute, wo sie es finde, auch in den Regierungsvorlagen, sie bewillige gern Summen für Verteidigungszwecke, aber nur da, wo sie dieselben für nötig halte. Abg. v. Frege (kons.) wird für die Forderung stimmen, da an die Unteroffiziere erhöhte Ansprüche gestellt werden sollen. Abg. v. Bennigsen (natlib.) spricht ebenfalls zu Gunsten der Dienstprämien. Die Bedeutung des Unteroffizierstandes werde allgemein anerkannt, ebenso das Bedürfnis einer Besserung derselben. Bei dieser Sachlage müsse man zur Annahme der Dienstprämien gelangen. Abg. Grillenberger (Soz.) erklärt nochmals, seine Partei werde keine neuen Gelder für Militärzwecke bewilligen. Abg. Rickert (freis.) spricht gegen die Forderung, da kein überzeugender Beweis von der Notwendigkeit derselben erbracht sei. Die heutigen Aeußerungen des Reichskanzlers erinnerten lebhaft an den Fürsten Bismarck. Die stattgehabte Absage an die freisinnige Partei sei gar nicht nötig gewesen, denn diese hätten sich der Regierung nicht aufgedrängt. Trotz der heutigen Rede des Reichskanzlers bleibe die freisinnige Partei doch, was sie gewesen. Abg. Richter-Hagen bemerkt persönlich, die heutigen Angriffe des Reichskanzlers hätten ganz an den Fürsten Bismarck erinnert. Nur sei in Anbetracht der Verschiedenheit der Persönlichkeit die Wirkung eine geringere gewesen. Hierauf werden die Dienstprämien nach dem Antrage Windthorst gegen die Stimmen der Freisinnigen, Volkspartei und Sozialdemokraten genehmigt.

— Preußisches Abgeordnetenhaus. In der Sonnabendsitzung wurde die neue Sekundärbahnvorlage in erster Lesung beraten. Von zahlreichen Abgeordneten aller Parteien wurden Wünsche bezüglich des Baues neuer oder der Erweiterung bestehender Bahnstrecken vorgebracht. Der Eisenbahnminister v. Maybach versprach, im kommenden Jahre nach Möglichkeit den zu Tage tretenden Bedürfnissen und Wünschen Rechnung zu tragen. Sehr eingehend beschäftigte sich der Minister mit den Klagen über Wagenmangel und Bahnbetriebsstörungen im letzten Winter. Die Ursache davon seien nicht von der Verwaltung begangene Fehler, sondern die Unbilden der Witterung. Die starken Regengüsse im November und der harte Frost der folgenden Monate hätte unendlichen Schaden am Betriebsmaterial hervorgerufen; zeitweise sei auch ein erheblicher Teil des Fahrpersonals krank gewesen. Dann wurde die Weiterberatung auf Montag 11 Uhr verlegt.

— Die Beschlüsse der Budgetkommission des Reichstages bezüglich Ablehnung aller Forderungen für neue Schiffsbauten haben dem Vernehmen nach an den maßgebenden Stellen Verstimmung hervorgerufen. Allem Anschein nach hegt man die Hoffnung, das Plenum des Reichstages möchte die Kommissionsbeschlüsse wieder umstoßen.

— Einen harten Zusammenstoß gab es am Sonnabend im Reichstage zwischen dem Reichskanzler v. Caprivi und dem Abg. Eugen Richter. Es gab schon zu Anfang der Sitzung ein Flüstern im Saale, das auf besondere Dinge vorbereitete, und richtig kam es so. Die Erklärung, welche der leitende Staatsmann abgab, ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig; er konstatierte, „daß für ihn ein Zusammenwirken mit der freisinnigen Partei wegen deren ewig verneinender Haltung unmöglich sei; er konstatierte ferner, daß die Ratschläge des Abgeordneten Richter für ihn nicht maßgebend seien, und gab auch eine Abweisung der Unterstützung der freisinnigen Zeitungen." Von freisinniger Seite kam darauf die Gegenerklärung, „daß man sich unter keinen Umständen dazu verstehen werde, zu bewilligen, was gegen die Ueberzeugung der Partei sei, daß man trotz der Erklärung des Reichskanzlers bleibe, was man gewesen, und daß dieser zu den Gewohnheiten des Fürsten Bismarck übergegangen sei." Im Tone und der Auffassung ihrer Führer besprechen die freisinnigen Zeitungen den Zwischenfall, während die konservativen und nationalliberalen Zeitungen betonen, daß eine völlige, unbedingte Absage der Reichsregierung an die freisinnige Partei stattgefunden habe. Den Ausschlag giebt heute, wie er schon bei der Abstimmung über die Dienstprämien für Unteroffiziere gethan, Herr Windthorst; man wird nun abwarten, wie die Dinge sich weiter entwickeln. Mit den stillen Debatten im Reichstage; wie sie bisher in dieser Session sich abspielten, dürfte es aber nun vorbei sein.

— Der frühere Staatssekretär des Reichs-Marine-Amtes, Contre-Admiral Heußner, ist in Weimar am Herzschlag gestorben. Als nach dem Tode des Grafen Monts, des letzten Chefs der Admiralität, anfangs 1889 eine Trennung der Admiralität in ein Oberkommando und in ein neu gebildetes Reichs-Marine-Amt erfolgte, wurde Contre-Admiral Heußner zum Staatssekretär des Marine-Amtes ernannt; er hat das Amt ungefähr $1^1/_2$ Jahr inne gehabt und wurde, als er dann erkrankte, durch den heutigen Staatssekretär Admiral Hollmann ersetzt.

— (Die Reichsregierung und Frankreich.) Die Deutschenhetzerei der Pariser Zeitungen und der Patriotenliga während der letzten Tage der Anwesenheit der Kaiserin Friedrich in Paris hätten der Reichsregierung sehr gleichgültig sein können, wenn die französische Regierung nur ein Wort der Mißbilligung für jenes Treiben gehabt hätte. Darin, daß die Regierung in Paris schwieg, liegt das eigentliche Beschämende für sie, das Beleidigende für Deutschland. Das ist in allen deutschen Zeitungen entschieden verurteilt, und daraufhin hat die Reichsregierung auch kräftig geantwortet, um den Franzosen zu beweisen, daß wir nicht alles und jedes uns gefallen lassen. Alle bisher getroffenen Erleichterungen beim Paßzwange sind wieder aufgehoben, und vom kommenden Dienstag treten alle Erschwerungen wieder in Kraft. Diese Antwort ist eine ruhige, aber bedeutsame, und sie ist auch in der französischen Hauptstadt vollauf verstanden. Man wird wieder vernünftig, und jeder versucht, die Schuld auf den anderen zu schieben. Daß die französische Regierung wegen der Preßhetzereien nachträglich sich entschuldigen lassen wird, ist nicht anzunehmen, und jedenfalls hätte ein solches Vorgehen, weil gar zu sehr verspätet, auch kaum Wert. Die Presse aller Länder verurteilt die Pariser Charakterlosigkeit in mehr oder minder scharfen Worten. Irgend welche sonstige ernstere Folgen sind nicht von dem Zwischenfall zu erwarten.

— Bekanntlich hängt die gegenwärtige Bewilligung von Altersrenten wesentlich davon ab, daß die betr. Person in den Jahren 1888, 1889 und 1890 in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat und auch diese Beschäftigung bis in das Jahre 1891 ausgedehnt hat. Dies wird in der Regel durch Bescheinigung der Arbeitgeber nachgewiesen. Es sind nun bei der Verwaltung der Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt in Berlin Fälle zur Kenntnis gekommen, in welchen Arbeitgeber wider besseres Wissen, um den betr. Personen zu einer Rente zu verhelfen, Beschäftigungen bescheinigt haben, welche entweder überhaupt nicht oder doch nicht unter den in der Bescheinigung angegebenen Bedingungen (insbesondere betr. die Lohnbezüge) stattgefunden haben. Dieses Verfahren stellt sich als vollendeter, bezw. versuchter Betrug dar, und es ist auch bereits in einem Falle von dem Berliner Unfall-Vorstande die Strafanzeige bei der Königl. Staatsanwaltschaft erstattet worden. Außerdem machen sich aber auch die betr. Arbeitgeber bezüglich aller auf Grund dieser falschen Bescheinigung von der Versicherungsanstalt geleisteten Rentenbezüge regreßpflichtig. Es ist also Vorsicht geboten!

— Wie neulich schon kurz mitgeteilt, soll für Kamerun eine Anleihe von den dort thätigen deutschen Gesellschaften aufgenommen werden. Das Geld soll zur Errichtung einer stärkeren Polizeitruppe und zur Anlage von Wegen verwendet werden. — Die weltberühmte Vogelsammlung des Regierungssekretärs Gätke auf Helgoland ist neben seinen Käfer-, Schmetterlings-, Algen- und Phanerogamen-Sammlungen seitens des Deutschen Reiches erworben. Die Sammlungen werden auf Helgoland bleiben.

— Die Folgen der Maifeier vom vorigen Jahre wirken noch immer nach. So mußte diesertage ein in der Kolonialstraße wohnender Arbeiter K. wegen Ausbruchs von Tobsucht auf polizeiliche Anordnung nach der neuen Charitee überführt werden. K., der früher eine feste und lohnende Beschäftigung in einer Fabrik inne hatte, legte am 1. Mai v. J. die Arbeit nieder. Eine andere Stellung fand der Mann nun nicht wieder, und in der langen Zeit der Beschäftigungslosigkeit geriet die Familie, obwohl Freunde und Verwandte nach Kräften halfen, in Not. Aus Gram und Verzweiflung ergab sich der sonst solide Mann dem Trunk; vom Delirium ergriffen, verfiel er in Tobsucht.

— In Stuttgart ist am Sonntag eine internationale Gemäldeausstellung durch die Königin Olga und den Prinzen Wilhelm von Württemberg eröffnet worden. Auf der Ausstellung vertreten sind Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Belgien, Holland, Italien und Spanien.

— Die Exkönigin Isabella von Spanien ist in München zum Besuche ihrer jüngeren Tochter angekommen, die mit einem bayerischen Prinzen vermählt ist.

— Im Balkangebiet haben außergewöhnlich starke Schneefälle stattgefunden. Der Orientverkehr ist dadurch beträchlich gehemmt worden.

**Rußland.** Auch die Petersburger Regierung verurteilt entschieden das Skandaltreiben der Pariser Presse gegen Deutschland. Das offizielle Petersburger Organ schreibt, der verdrießliche Zwischenfall habe einen leichten Schatten auf die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Frankreich geworfen, indessen sei zu hoffen, daß man sich auf beiden Seiten der Vogesen bemühen werde, denselben zu beseitigen.

**Belgien.** Die gleichzeitige Anwesenheit Boulangers und seiner Freunde Rochefort und Déroulède in Brüssel, sowie die zwischen ihnen stattgehabten Konferenzen haben die belgische Regierung veranlaßt, den Herren das Verlassen des Landes nahe zu legen.

**Frankreich.** Jetzt, da die Kaiserin Friedrich aus Paris abgereist und eine Kundgebung der Patriotenliga nicht mehr zu befürchten ist, erheben die Gemäßigten ihr Haupt und verwahren sich gegen das Treiben einer kleiner Gruppe von exaltierten Leuten, deren fanatischer Deutschenhaß sie keine Höflichkeitsrücksichten kennen läßt. Auch einzelne Maler erklären im bestimmtesten Tone, sie würden die Berliner Kunstausstellung besuchen. So erklärt Herr Vuillefroy öffentlich: „Und wenn